

Genossenschaftliches in den Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 2021

Den Stellenwert des Genossenschaftswesens für die politischen Parteien kann man auch danach beurteilen, welcher Stellenwert in den Wahlprogrammen eingeräumt wird und wie sich die Parteien zu spezifischen Fragestellungen positionieren. Dabei ist es sinnvoll, nach "etablierten" und "neuen" Genossenschaften zu differenzieren. Bekanntlich wurden die genossenschaftlichen Betätigungsfelder vor 15 Jahren erweitert.

Es zeigt sich, dass alle Parteien die Begriffe "Genossenschaft" oder "genossenschaftlich" zumindest einmal in ihrem Programmen aufgreifen. Die Breite und Tiefe der Beschäftigung mit genossenschaftlichen Themen unterscheidet sich dabei enorm.

CDU/CSU

Gerade einmal taucht der Begriff "genossenschaftlich" im Wahlprogramm der Union auf, und zwar im Zusammenhang mit dem Erwerb von Wohneigentum. Für "junge Menschen mit geringerer Kapitalausstattung" möchte man die "Unterstützung genossenschaftlicher Wohnmodelle" prüfen. Man reibt sich verwundert die Augen! Es soll also die "Unterstützung geprüft" werden. Wozu das Ganze? Wohnungsgenossenschaften sind nicht primär Politikinstrumente zur Förderung von Wohneigentum. Will man das fördern, bietet sich die Abschaffung der Grunderwerbsteuer an. Diese liegt zwar in der Verantwortung der Länder, ich kann mich aber an keine Diskussion über ihre Abschaffung erinnern. Auch an keine Diskussion, die von den Unionsparteien angestoßen wurde. Vielmehr sind die Steuersätze über die Zeit gestiegen.

Keinerlei Aussagen macht das Wahlprogramm über drängende Gegenwartsprobleme der traditionellen Genossenschaften. Weder wird die Behinderung des Wohnungsneubaus durch Regulierung und Bürokratie angesprochen noch die "zentralbanklich" verordnete Senkung der Erträge der Kreditgenossenschaften. Aus genossenschaftlicher Perspektive ist das Wahlprogramm der Union leider nahezu ein Totalausfall.

B90/Die Grünen

Im Abschnitt "Sozialunternehmen und Genossenschaften stärken" findet sich das Bekenntnis zur Förderung von Genossenschaften, da diese "krisenfester und gemeinwohlorientierter" seien als andere Rechtsformen. Warum letzteres der Fall sein soll, erschließt sich dem Leser freilich nicht; es bleibt eine kaum belegbare Behauptung. Primär geht es den Grünen um die Förderung von sozial-ökologischen Start-ups, für die die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessert werden sollen. Gefördert werden sollen auch Beteiligungen an Wohnungsgenossenschaften. Die entsprechenden Passagen klingen ähnlich wie beim Unionsprogramm.

Auch bei den Grünen fehlt eine Auseinandersetzung mit den durch die Politik verursachten Problemen traditioneller Genossenschaften, so dass der genossenschaftliche Gehalt als recht dünn zu bewerten ist.

SPD

Die Förderung von Energiegenossenschaften, gemeinwohlorientierten Unternehmen und Genossenschaften sowie von Wohnungsgenossenschaften sind Ziele der Sozialdemokraten. Wie bei Union und Grünen soll der Erwerb von Geschäftsanteilen von Wohnungsgenossenschaften gefördert werden. Wohnungsgenossenschaften sieht man als wichtiges Instrument im Kampf gegen Wohnraumknappheit. Zwar gehen diesbezügliche Bestrebungen in die richtige Richtung, nicht gesehen werden aber die vielen politischen Hindernisse, die einem funktionierenden Wohnungsmarkt entgegenstehen. Auch zu lange etablierten Genossenschaften und ihren Problemen findet sich im SPD-Programm nichts. Insgesamt macht das Wahlprogramm aus genossenschaftlicher Sicht einen ähnlich matten und unvollständigen Eindruck wie das der Grünen.

FDP

Im FDP-Programm findet sich nur ein Satz zum Thema Genossenschaften. Im Abschnitt über Agrarpolitik wird verlangt, das Genossenschaftsrecht zu reformieren. Was diese Forderung konkret beinhaltet, wird nicht weiter erörtert. Überdies wirkt der entsprechende Satz in der Gedankenabfolge wie ein Fremdkörper. Dass die ganze Geschichte etwas mit "Wettbewerb" bzw. "fairem Wettbewerb" zu tun hat, kann man noch erkennen. Aber was hier genau gefordert wird, bleibt rätselhaft. Sonst wird sich mit der Thematik genossenschaftlichen Wirtschaftens nicht weiter beschäftigt. Für eine Partei, die in der zumindest indirekten Nachfolge der Partei des Gründervaters Schulze-Delitzsch steht, eine Blamage.

AfD

Auch hier wie bei der FDP nur ein Satz zu Genossenschaften! Die AfD fordert, dass Wohnungsgenossenschaften bei der Vergabe von Bauland bevorzugt werden sollen. Offensichtlich meint man hier öffentlichen Grundbesitz. Eine direkte Begründung findet sich im Wahlprogramm indes nicht. Möglicherweise sind es unterstellte "positive Gemeinwohleffekte", die hinter der Forderung stehen. Indes stellt eine solche "Bevorzugung" eine Diskriminierung anderer Anbieter dar. Wohnungsgenossenschaften bieten günstigere Nutzungspreise nicht, weil sie vom Staat bevorzugt werden, sondern aufgrund ihres Geschäftsmodells. Eigentumspolitisch sinnvoll ist die Forderung nach einer Abschaffung der Grunderwerbsteuer für Selbstnutzer. Aus genossenschaftlicher Perspektive insgesamt ein ähnlicher Ausfall wie bei der Union.

Die Linke

"Die Genossen als Freunde der Genossen." Das könnte man auf den ersten Blick denken, liest man den Wahlprogrammentwurf der Linken. Die Wörter "Genossenschaft" oder "genossenschaftlich" kommen im Entwurf des Wahlprogramms sage und schreibe 36-mal vor. Das ist weitaus mehr als in allen Wahlprogrammen der fünf anderen im Bundestag vertretenen Parteien zusammen.

Noch viel erstaunlicher ist die Verwendung des Wortes "Sozialismus" oder "sozialistisch". Diese Begriffe kommen kein einziges Mal in Reinform vor, nur einmal wird auf die Verbrechen des Nationalsozialismus" Bezug genommen. Das verwundert doch außerordentlich. Sollte die Partei die Begriffe "genossenschaftlich" und "sozialistisch" als Substitute betrach-

ten? Blickt man auf die Bereiche, in denen nach der Linken Genossenschaften eine stärkere Rolle spielen sollen, so sind folgende zu nennen:

"Energiegenossenschaften"

"Genossenschaftliche Nutzung landwirtschaftlicher Flächen"

"Genossenschaftliche Wohnformen"

"Belegschaftseigene Betriebe"

Außerdem sollen Genossenschaften bei der staatlichen Wirtschaftsförderung gleichgestellt sein.

Diese Forderungen sind im Grunde positiv zu bewerten, allerdings verrät das Programm auch, dass Genossenschaften letztlich als Instrumente staatlichen Wirtschaftsdirigismus gedacht sind. Wenn beispielsweise gefordert wird, demokratische, öffentliche und genossenschaftliche Eigentumsformen in den Mittelpunkt einer nicht-kapitalistischen (!! das wäre dann eine sozialistische) Wirtschaftsweise zu stellen, wenn gefordert wird, Energiekonzerne zu entmachten und durch Genossenschaften zu ersetzen oder wenn pauschal angemahnt wird, Genossenschaften zu demokratisieren (!), dann sollte klar sein, wohin die Reise geht. Gekrönt wird das Ganze durch den Spruch "Bauernland gehört nicht in Investorenhand". Das ist wohl die aktualisierte Version der Losung bei der Enteignung großer Landgüter in der sowjetischen Besatzungszone 1945. Damals hieß es "Junkerland in Bauernhand". Wie sich Geschichte doch (hoffentlich nicht) wiederholt.

29. Juli 2021

Richard Reichel